

Sozialrecht für Zuwanderer

Bearbeitet von
Von: Dorothee Frings, Constanze Janda, Stefan Keßler, Eva Steffen

2. Auflage. 2018. Buch. 462 S. Kartoniert
ISBN 978 3 8487 3382 8

[Recht > Sozialrecht > Sozialrecht allgemein, Gesamtdarstellungen](#)

schnell und portofrei erhältlich bei


DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beek-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

NOMOSPRAXIS

Frings | Janda | Keßler | Steffen

Sozialrecht für Zuwanderer

2. Auflage



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht

NOMOSPRAXIS

Frings | Janda | Keßler | Steffen

Sozialrecht für Zuwanderer

2. Auflage

Prof. Dr. Dorothee Frings, Hochschule Niederrhein, Mönchengladbach | **Prof. Dr. Constanze Janda**, Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer | **Stefan Keßler**, Policy Officer, Jesuiten-Flüchtlingsdienst, Berlin | **Eva Steffen**, Rechtsanwältin, Köln



Nomos



Deutscher Anwaltverein
Arbeitsgemeinschaft
Sozialrecht

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-3382-8

2. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort zur zweiten Auflage

Seit dem Erscheinen der ersten Auflage im Jahr 2007 hat es geradezu eine Kaskade von Rechtsänderungen gegeben, mit denen sozialrechtliche Ansprüche von Migrantinnen und Migranten in Deutschland neu geregelt werden sollten. Aus der Hektik des gesetzgeberischen Handelns ist ein fast unübersichtliches Konglomerat von teilweise auch zueinander in Widerspruch stehenden Vorschriften entstanden.

Diese Neuauflage versucht, den gegenwärtigen (Anfang August 2017 bestehenden) Rechtszustand einigermaßen zu sortieren und fassbar zu machen. Die Systematik der Darstellung ist gegenüber der Vorauflage ein wenig geändert worden: Die Darstellung beginnt mit den Rahmenbedingungen des Sozialrechts für Ausländer in Deutschland und erläutert dort vor allem die völker- und europarechtlichen Vorgaben sowie die migrationsrechtlichen Bezüge des deutschen Sozialrechts. Der größte Teil des Buches widmet sich allerdings weiterhin der Darstellung der sozialrechtlichen Ansprüche, die sich aus der jeweiligen aufenthalts- oder freizügigkeitsrechtlichen Position der Beratungskundin ergeben. Redundanzen lassen sich dabei nicht vermeiden, Priorität hat aber der schnelle Zugriff einer Beraterin auf die für den jeweiligen Einzelfall wichtigen Informationen. Die in der Voraufgabe noch enthaltenen Hinweise für die Beratung wurden gestrichen, weil sich entsprechende Empfehlungen auch in anderen Lehrbüchern finden lassen.

Dieses Buch richtet sich im Wesentlichen an Anwältinnen, Sozialarbeiter und Mitarbeitende von Sozialbehörden, die in ihren jeweiligen Kontexten versuchen, Migrantinnen zu ihren Rechten zu verhelfen. Es lebt von den unterschiedlichen Erfahrungen der Autorinnen und des Autors aus der jeweiligen Praxis in Anwaltskanzleien, Beratungsstellen und bei der wissenschaftlichen Tätigkeit. Wir haben zwar versucht, die Darstellungen einigermaßen zu vereinheitlichen, trotzdem wird die aufmerksame Leserin immer wieder Unterschiede im Duktus und der Argumentationsweise feststellen. Allerdings haben wir alle aus der Voraufgabe die Methode übernommen, fröhlich zwischen den verschiedenen grammatikalischen Geschlechtern zu wechseln – das jeweils andere Geschlecht ist immer mit gemeint.

Dieses Buch ist parteiisch, denn wir gehen hier von einem Grundprinzip aus, das schon die Darstellung in der Voraufgabe durchzogen hat:

Sinn und Zweck des Sozialrechtes ist es, Menschen, die in Notlagen geraten sind, eine menschenwürdige Existenz zu sichern. Das bedeutet nicht alleine die Gewährleistung der psychischen Überlebensmöglichkeit, sondern schließt die Möglichkeit des Menschen, zwischenmenschliche Beziehungen zu pflegen und am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben teilzuhaben, ein. Dieser Anspruch, der als Grundrecht ausgestaltet ist, steht deutschen und ausländischen Staatsangehörigen, die sich in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, gleichermaßen zu. Deshalb dürfen allein bedarfsorientierte Erwägungen bei der Festsetzung des menschenwürdigen Existenzminimums herangezogen werden; demgegenüber dürfen insbesondere migrationspolitische Kriterien keine Rolle spielen. Oder, um es in den prägnanten Worten des Bundesverfassungsgerichts zu sagen: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar.

Vorwort zur ersten Auflage

Etwa ein Fünftel der Wohnbevölkerung in Deutschland sind Zuwanderer oder Menschen mit Zuwanderungshintergrund, knapp die Hälfte von ihnen haben keine deutsche Staatsangehörigkeit. Im deutschen Sozialrecht finden sich zahlreiche Sonderregelungen für Ausländer und Einschränkungen, die sich aus der Anforderung an den gewöhnlichen Aufenthalt und aus der Anknüpfung der Sozialversicherungssysteme am Arbeitnehmerstatus ergeben. Der Arbeitsmarktzugang und die sozialrechtliche Stellung von Zuwanderern wird zunehmend nicht nur von deutschen, sondern auch von europäischen und internationalen Rechtssystemen bestimmt. Hieraus ergibt sich eine komplizierte Kasuistik, die zudem ständigen Veränderungen unterworfen ist. Die Entscheidungen des Gesetzgebers liegen in einem ständigen Widerstreit zwischen der Sorge um eine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme einerseits und den Anforderungen an die Gestaltung von Integrationsprozessen andererseits. Die Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft und die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs, die auch für das Sozialrecht Bedeutung gewinnen, erfordern Korrekturen des Gesetzgebers und verändern die Auslegung bestehender Gesetze. Assoziationsabkommen der Europäischen Gemeinschaft, das Europäische Fürsorgeabkommen sowie bilaterale Sozialversicherungsabkommen schaffen zusätzliche Rechtspositionen für die Angehörigen bestimmter Staaten. Auch die Europäische Menschenrechtskonvention beeinflusst die Auslegung sozialrechtlicher Normen.

Um den komplexen Einwirkungen der verschiedenen Rechtssysteme auf die individuellen Leistungsansprüche Rechnung zu tragen, folgt die Darstellung nicht der Systematik der Sozialgesetze, sondern knüpft an den jeweiligen aufenthaltsrechtlichen Positionen der Anspruchsinhaber an. Diese Zuordnung ermöglicht einen schnellen Zugriff auf die individuellen Rechtspositionen und eine Verwendung als Handbuch in der Beratungspraxis. Ausgangspunkt ist immer die statusrechtliche Situation der Beratungskundin, die aufenthaltsrechtlichen Regelungen werden deshalb jeweils kurz skizziert. Erläutert werden auch die rechtlichen Voraussetzungen für den Arbeitsmarktzugang, die sich zwar überwiegend aus ausländerrechtlichen Regelungen ergeben, in vielen Fällen jedoch von Entscheidungen der Arbeitsverwaltung abhängen. Auch können sozialrechtliche Anspruchspositionen von den Möglichkeiten der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhängen. Wegen der hohen Bedeutung für die Arbeitsmarktintegration und der materiellen Nähe zu Sozialleistungen werden auch die Zugänge zu den Integrationsleistungen einbezogen. Um die unvermeidlichen Redundanzen dieser Darstellungsmethode zu begrenzen, werden die Sozialleistungsansprüche von Drittstaatsangehörigen, der Gruppe mit der höchsten Binnendifferenzierung, in einem allgemeinen Kapitel vorangestellt. Die allgemeinen Anspruchsvoraussetzungen für die einzelnen Sozialleistungen werden dabei nur in den wesentlichen Grundzügen vorgestellt, für Einzelfragen muss auf die einschlägige Fachliteratur (siehe im Kapitel Beratung) verwiesen werden.

Bei der Wahl der grammatikalischen Geschlechterform habe ich mich – auch der besseren Lesbarkeit zuliebe – für die freie Verwendung von femininen und maskulinen Formen entschieden; das jeweils andere Geschlecht ist immer eingeschlossen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur zweiten Auflage	5
Vorwort zur ersten Auflage	6
A. Rahmenbedingungen des Sozialrechts für Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland	27
I. Völkerrechtliche Vorgaben	27
1. Die Bedeutung völkerrechtlicher Vorgaben für das nationale Sozialrecht	27
2. Das Diskriminierungsverbot aus dem UN-Sozialpakt und der UN-Konvention gegen Rassismus	27
3. Das IAO-Abkommen Nr. 118	28
4. Die Genfer Flüchtlingskonvention	29
5. Staatenlosenübereinkommen	29
6. Kinderrechtskonvention	29
7. UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen	30
8. Europäisches Fürsorgeabkommen	30
9. Vorläufiges Europäisches Abkommen über Soziale Sicherheit unter Ausschluss der Systeme für den Fall des Alters, der Invalidität und zugunsten der Hinterbliebenen (VEA)	31
10. Europäische Menschenrechtskonvention	31
a) Artikel 6 Abs. 1	32
b) Artikel 14	32
c) Artikel 1 des 1. Zusatzprotokolls zur EMRK	33
d) Artikel 1 Absatz 1 des 12. Zusatzprotokolls	33
e) Artikel 2 Absatz 1 des 4. Zusatzprotokolls	34
11. Europäische Sozialcharta	34
II. Vorgaben aus dem Recht der Europäischen Union	35
1. Soziale Leistungsrechte von Unionsbürgern nach EU-Recht	35
2. Ansprüche aus Assoziationsrecht	37
a) Assoziationsabkommen EWG-Türkei	37
b) Assoziationsabkommen EG-Algerien und Europa- Mittelmeerabkommen mit Marokko und Tunesien	38
3. Ansprüche für Flüchtlinge, Asylsuchende und Personen mit Duldungen aus EU-Richtlinien	39
a) Sozialhilfe für Konventionsflüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte	39
b) Informationspflicht für Asylsuchende	40
c) Medizinische Versorgung und Behandlung besonders bedürftiger Asylsuchender	40
d) Soziale Rechte für Personen mit Duldungen	42

Inhaltsverzeichnis

III. Migrationsrechtliche Bezüge des deutschen Sozialrechts	42
1. Erwerbstätigkeit	42
a) Allgemeines	42
b) Erwerbserlaubnis und Beschäftigungserlaubnis	43
c) Erwerbstätigkeit während des Antrags auf einen Aufenthaltstitel	47
d) Anerkennung von ausländischen Berufsabschlüssen	47
2. Sozialversicherungsleistungen	52
a) Beschäftigungsortprinzip	52
b) Geringfügigkeit	53
c) Sozialversicherungsrechtliches Beschäftigungsverhältnis	53
d) Beiträge und Leistungen der Sozialversicherung	53
3. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	54
a) Leistungen der Grundsicherung nach SGB II	54
aa) Anspruchsvoraussetzungen	54
bb) Regelbedarf	57
cc) Mehrbedarf	57
dd) Unterkunftskosten	58
ee) Bildung und Teilhabe	60
ff) Krankenversicherung	61
gg) Abweichende Leistungen	61
b) Leistungsausschlüsse für Ausländer	62
c) Leistungsrechtliche Folgen von Wohnsitzauflagen und Wohnsitzregelungen	65
aa) Allgemeine Wohnsitzauflage	65
bb) Wohnsitzregelung nach § 12 a AufenthG	66
cc) Vereinbarkeit der Wohnsitzregelung nach § 12 a AufenthG mit höherrangigem Recht?	72
dd) Verstoß gegen eine allgemeine Wohnsitzauflage	73
ee) Verstoß gegen eine Wohnsitzregelung nach § 12 a AufenthG	74
(1) Umzug innerhalb des zugewiesenen Bundeslandes ..	75
(2) Umzug in ein anderes Bundesland (§ 12 a Abs. 1 AufenthG)	76
(3) Zuweisung zu einer konkreten Kommune (§ 12 a Abs. 2 oder Abs. 3 AufenthG)	77
(4) Verbot des Zuzugs an einen bestimmten Ort (§ 12 a Abs. 4 AufenthG)	78
(5) Wechsel der Zuständigkeit nach der Leistungsbewilligung	78
d) Leistungen nach SGB XII	79
e) Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	86
aa) Verfassungsrechtliche Aspekte	86
bb) Anspruchsberechtigte	88
cc) Beginn und Ende der Leistungsberechtigung	90

dd) Zuständigkeit	91
ee) Leistungen zum Lebensunterhalt	92
ff) Krankenbehandlung	97
gg) Sonstige Leistungen	99
hh) Einkommen und Vermögen	103
ii) Anspruchseinschränkungen	105
jj) Befristung der Anspruchseinschränkungen	111
kk) Leistungen entsprechend dem SGB XII (Analogleistungen)	112
ll) Rechtsschutz	117
mm) Anzuwendende Verfahrensvorschriften	117
4. Familienleistungen	118
a) Berechtigte	118
b) Kindergeld	122
c) Kinderzuschlag	124
d) Elterngeld	124
e) Unterhaltsvorschuss	127
5. Leistungen für Menschen mit Behinderungen	129
a) Benachteiligungsverbot	129
b) Recht für Menschen mit Behinderungen im Umbruch	129
c) Definition von Behinderung und Schwerbehinderung	130
d) Der „gewöhnliche Aufenthalt“	131
e) Anspruch auf einen Schwerbehindertenausweis und eine Wertmarke	131
f) Eingliederungshilfe	132
g) Leistungen der Sozialversicherungsträger	133
6. Opferentschädigungsgesetz	134
7. Wohngeld und Wohnberechtigungsschein	136
8. Ausbildungsförderung und Arbeitsmarktintegration	137
9. Ansprüche auf Leistungen der Jugendhilfe	141
10. Wohnungslosenhilfe und Hilfe in Frauenhäusern	143
B. Unionsbürger und ihre Familienangehörigen	146
I. Aufenthaltsrechtliche Regelungen	146
II. Zugang zum Arbeitsmarkt	153
III. Integrationsleistungen	154
IV. Sozialversicherungsleistungen	154
V. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	159
1. Leistungsausschluss für Unionsbürger nach dem SGB II nach der Rechtslage bis zum 29.12.2016	161
a) Ausschluss in den ersten drei Monaten des Aufenthalts	161
b) Arbeitssuchende nach Ablauf von drei Monaten	163
c) Unionsbürger mit einem anderen Aufenthaltsrecht als das zum Zweck der Arbeitssuche	163
d) Unionsbürger ohne materielles Aufenthaltsrecht	167

Inhaltsverzeichnis

2. Leistungsausschluss für Unionsbürger nach dem SGB XII bis zur Gesetzesänderung zum 29.12.2016	168
3. Grundsatzentscheidungen des BSG zur alten Rechtslage	168
4. Besonderheiten nach dem Europäischen Fürsorgeabkommen für Unionsbürger nach dem SGB XII aF	169
5. Vereinbarkeit des Leistungsausschlusses mit Gemeinschaftsrecht nach alter Rechtslage	170
6. Vereinbarkeit des Leistungsausschlusses mit Verfassungsrecht nach alter Rechtslage	171
7. Leistungsausschluss für Unionsbürger nach dem SGB II nach der Gesetzesänderung zum 29.12.2016	173
8. Leistungsausschluss für Unionsbürger nach dem SGB XII nach der Gesetzesänderung zum 29.12.2016	176
9. Besonderheiten nach dem Europäischen Fürsorgeabkommen für Unionsbürger nach dem SGB XII nach der Gesetzesänderung zum 29.12.2016	177
10. Vereinbarkeit der Neuregelungen zum Leistungsausschluss im SGB II und SGB XII mit Verfassungsrecht?	178
VI. Familienleistungen	180
VII. Ausbildungsbeihilfen, Jugendhilfe	182
VIII. Sonstige Sozialleistungen	184
C. Besonderheiten für die Angehörigen bestimmter Staaten	186
I. Türkische Staatsangehörige	186
1. Zugang zum Arbeitsmarkt und Aufenthaltsrecht	186
2. Integrationsleistungen	191
3. Sozialleistungen	191
a) Sozialversicherungsleistungen	192
b) Familienleistungen	194
c) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts und nach SGB XII	196
d) Berufsausbildungsbeihilfen	197
e) Opferentschädigung	198
II. Staaten des Mittelmeerabkommens: Tunesien, Marokko, Algerien ..	198
III. Nachfolgestaaten Jugoslawiens	201
D. Drittstaatsangehörige mit Aufenthaltstiteln – Ansprüche nach den Aufenthaltstiteln	205
I. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck des Studiums (§ 16 AufenthG)	205
1. Aufenthaltsrechtlicher Status	205
a) Erteilungsvoraussetzungen	206
b) Antragsverfahren	208
c) Wechsel in eine Ausbildung	210
2. Erwerbstätigkeit	211
a) Während des Studiums	211
b) Nach einem Studienabschluss	212

3.	Integrationsleistungen	213
4.	Krankenversicherung	213
5.	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	214
a)	Leistungen nach SGB II.....	214
b)	Leistungen nach SGB II für Studentenkinder	215
c)	Leistungen nach SGB II in der Zeit der Arbeitssuche nach dem Studienabschluss	216
d)	Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII.....	216
6.	Familienleistungen, Wohngeld, Jugendhilfe.....	217
7.	Ausbildungsbeihilfen	218
8.	Sonstige Leistungen	219
II.	Aufenthaltsurlaubnis zum Zweck sonstiger Ausbildungen (§§ 16 b, 17, 17 a AufenthG)	220
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen.....	220
2.	Zugang zum Arbeitsmarkt und Integrationskurse	222
3.	Sozialleistungen	223
III.	Aufenthaltsurlaubnis zum Zweck der Beschäftigung	225
1.	Aufenthaltsrechtliche Anforderungen	225
a)	Prüfung der aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen	225
b)	Besondere Regelungen für geduldete Personen (§ 18 a AufenthG)	226
c)	Blaue Karte EU für hochqualifizierte Beschäftigte	226
d)	ICT-Karte für unternehmensintern entsandte Arbeitnehmer	227
e)	Entbehrlichkeit eines Aufenthaltstitels bei kurzfristigen Beschäftigungen.....	228
2.	Möglichkeiten des Aufenthalts zum Zweck der Beschäftigung...	228
a)	Beschäftigungen für qualifizierte Tätigkeiten	229
aa)	Beschäftigungserlaubnis ohne Zustimmung der BA	230
bb)	Beschäftigungserlaubnis ohne Arbeitsmarktprüfung	231
cc)	Beschäftigungserlaubnis mit Arbeitsmarktprüfung	232
b)	Beschäftigungen, bei denen es nicht auf die Qualifizierung ankommt	233
aa)	Beschäftigungen ohne Zustimmung der BA	233
bb)	Beschäftigungen ohne Arbeitsmarktprüfung	236
cc)	Beschäftigungen aufgrund von Vermittlungsansprüchen der BA	237
dd)	Beschäftigungen mit Vorrangprüfung.....	238
3.	Integrationsleistungen	240
4.	Sozialversicherungsleistungen	241
5.	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	242
6.	Familienleistungen, Wohnungshilfen, Jugendhilfeleistungen, sonstige Leistungen	244

Inhaltsverzeichnis

IV. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Forschung (§ 20 AufenthG) ...	245
1. Aufenthaltsrechtliche Regelungen	245
2. Zugang zum Arbeitsmarkt und Integration	246
3. Sozialversicherungsleistungen	246
4. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	247
5. Familienleistungen, Wohnungshilfen	247
V. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der selbstständigen Tätigkeit (§ 21 AufenthG)	248
1. Aufenthaltsrechtliche Regelungen	248
2. Integrationsleistungen	249
3. Sozialleistungen	249
VI. Aufenthaltserlaubnis zum Zweck der Arbeitsuche (§ 18 c AufenthG)	250
1. Aufenthaltsrechtliche Regelungen	250
2. Integrationsleistungen	251
3. Sozialleistungen	251
VII. Humanitäre Aufenthaltserlaubnis	251
1. Sonderregelungen	251
a) Wohnsitzauflage nach § 12 und § 12 a AufenthG	251
b) Niederlassungserlaubnis und Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG	252
2. Asylberechtigte (Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 1 AufenthG)	255
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	255
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	258
c) Integrationsleistungen	258
d) Sozialversicherungsleistungen	258
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	259
f) Familienleistungen, Wohnungshilfen und Jugendhilfeleistungen	260
g) Ausbildungsbeihilfen	261
h) Weitere Sozialleistungen	261
3. Flüchtlinge nach der Genfer Konvention (Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 Satz 1 1. Alt. AufenthG)	261
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	261
b) Arbeitsmarktzugang und Sozialleistungen	263
4. Internationaler subsidiärer Schutz (Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 2 Satz 1 2. Alt. AufenthG)	263
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	263
b) Arbeitsmarktzugang und Sozialleistungen	265
5. Flüchtlinge mit auslandsbezogenem Abschiebehindernis (Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 3 AufenthG)	266
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	266
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	271
c) Integrationsleistungen	271

d) Krankenversicherung	271
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	272
f) Familienleistungen	272
g) Sonstige Leistungen	273
h) Ausbildungsbeihilfen	273
6. Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen für einen vorübergehenden Aufenthalt (§ 25 Abs. 4 Satz 1 AufenthG)	273
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	273
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	275
c) Integrationsleistungen	275
d) Krankenversicherung	275
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	275
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	275
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	276
h) Ausbildungsbeihilfen	276
i) Wohngeld	276
7. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen (§ 25 Abs. 4 Satz 2 AufenthG)	277
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	277
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	278
c) Integrationsleistungen	278
d) Krankenversicherung	278
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	279
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	279
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	279
h) Ausbildungsbeihilfen	280
i) Wohngeld	280
8. Aufenthaltserlaubnis für Opfer des Menschenhandels (§ 25 Abs. 4 a AufenthG)	280
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	280
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	282
c) Integrationsleistungen	282
d) Krankenversicherung	282
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	283
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	283
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	284
h) Ausbildungsbeihilfen	284
i) Wohngeld	284
9. Aufenthaltserlaubnis für Opfer der Arbeitsausbeutung (§ 25 Abs. 4 b AufenthG)	284
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	284
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	285

Inhaltsverzeichnis

c) Integrationsleistungen	286
d) Krankenversicherung	286
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	286
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	286
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	287
h) Ausbildungsbeihilfen	287
i) Wohngeld	287
10. Aufenthaltserlaubnis wegen eines inlandsbezogenen Abschiebehindernisses (§ 25 Abs. 5 AufenthG)	288
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	288
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	289
c) Integrationsleistungen	290
d) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	290
e) Familienleistungen, Wohnungshilfen, Jugendhilfeleistungen	291
f) Ausbildungsbeihilfen	292
g) Sonstige Leistungen	292
11. Aufenthaltserlaubnis für gut integrierte Jugendliche und Heranwachsende (§ 25 a AufenthG)	292
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	292
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	294
c) Integrationsleistungen	294
d) Krankenversicherung	294
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	294
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	294
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	295
h) Ausbildungsbeihilfen	295
i) Wohngeld	295
12. Aufenthaltserlaubnis bei nachhaltiger Integration (§ 25 b AufenthG)	295
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	295
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	297
c) Integrationsleistungen	297
d) Krankenversicherung	297
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	297
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	298
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	298
h) Ausbildungsbeihilfen	298
i) Wohngeld	298
13. Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer Entscheidung der obersten Landesbehörde (§ 23 Abs. 1 AufenthG)	298
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	298

b) Zugang zum Arbeitsmarkt	299
c) Integrationsleistungen	299
d) Krankenversicherung	299
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	300
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	300
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	301
h) Ausbildungsbeihilfen	301
i) Wohngeld	301
14. Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer Entscheidung des Bundes (§ 23 Abs. 2 AufenthG)	302
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	302
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	302
c) Integrationsleistungen	302
d) Krankenversicherung	302
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	303
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	303
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	303
h) Ausbildungsbeihilfen	303
i) Wohngeld	303
15. Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer „Resettlement“- Entscheidung (§ 23 Abs. 4 AufenthG)	304
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	304
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	305
c) Integrationsleistungen	305
d) Krankenversicherung	305
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	305
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	305
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	305
h) Ausbildungsbeihilfen	306
i) Wohngeld	306
16. Aufenthaltserlaubnis aufgrund einer Empfehlung einer Härtefallkommission (§ 23 a AufenthG)	306
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	306
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	309
c) Integrationsleistungen	309
d) Krankenversicherung	309
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	309
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	310
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	310
h) Ausbildungsbeihilfen	311
i) Wohngeld	311

17. Aufenthaltserlaubnis nach Aufnahme aus dem Ausland	
(§ 22 AufenthG)	311
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	311
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	312
c) Integrationsleistungen	312
d) Krankenversicherung	312
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	313
f) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	313
g) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	313
h) Ausbildungsbeihilfen	313
i) Wohngeld	313
18. Aufenthaltserlaubnis zum vorübergehenden Schutz	
(§ 24 AufenthG)	314
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	314
b) Wohnsitzregelung	314
c) Zugang zum Arbeitsmarkt	314
d) Integrationsleistungen	314
e) Krankenversicherung	315
f) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	315
g) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	315
h) Leistungen bei Behinderung und bei sozialen Schwierigkeiten	316
i) Ausbildungsbeihilfen	316
j) Wohngeld	316
VIII. Aufenthaltserlaubnis zum Schutz von Ehe und Familie	316
1. Allgemeine Regelungen zum Familiennachzug	316
2. Aufenthaltserlaubnis für Familienangehörige von Deutschen	
(§ 28, 36 AufenthG)	321
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	321
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	325
c) Integrationsleistungen	325
d) Sozialversicherungsleistungen	325
e) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	326
f) Familienleistungen und sonstige Sozialleistungen	327
3. Aufenthaltserlaubnis für Familienangehörige von Ausländern	
(§§ 30, 32, 36 AufenthG)	327
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	327
b) Zugang zur Erwerbstätigkeit	330
c) Integrationsleistungen	330
d) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	331
e) Familienleistungen, Wohnungshilfe	332
f) Ansprüche auf Ausbildungsbeihilfen	333
g) Ansprüche auf sonstige Leistungen	333

4.	Aufenthaltserlaubnis nach Beendigung der ehelichen Lebensgemeinschaft (§ 31 AufenthG)	335
a)	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	335
b)	Zugang zum Arbeitsmarkt	337
c)	Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	337
d)	Familienleistungen, Ausbildungsbeihilfen	338
5.	Aufenthaltserlaubnisse für Kinder (§ 32, 33, 34 AufenthG)	339
a)	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	339
b)	Zugang zum Arbeitsmarkt	344
c)	Integrationsleistungen	344
d)	Sozialleistungen	345
6.	Aufenthaltserlaubnisse für Eltern von minderjährigen Schutzberechtigten und für sonstige Familienangehörige (§ 36 AufenthG)	346
a)	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	346
b)	Zugang zum Arbeitsmarkt	346
c)	Sozialleistungen	346
IX.	Aufenthaltserlaubnis zur Wiederkehr oder für junge Menschen außerhalb des Familienverbundes	347
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	347
2.	Zugang zum Arbeitsmarkt	350
3.	Sozialleistungen	350
X.	Aufenthaltserlaubnis für ehemalige Deutsche	350
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	350
2.	Zugang zur Erwerbstätigkeit	350
3.	Sozialleistungen	350
XI.	Aufenthaltserlaubnis für Ausländer mit einem Daueraufenthaltsrecht-EU in einem anderen EU-Staat	351
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	351
2.	Zugang zum Arbeitsmarkt	351
3.	Integrationsleistungen	351
4.	Sozialleistungen	351
XII.	Aufenthaltserlaubnis für Ausländer mit einem Daueraufenthalt-EU in einem anderen Mitgliedstaat	353
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	353
2.	Zugang zum Arbeitsmarkt	353
3.	Integrationsleistungen	354
4.	Sozialleistungen	354
XIII.	Niederlassungserlaubnis und Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU ...	356
1.	Aufenthaltsrechtliche Regelungen	356
2.	Zugang zum Arbeitsmarkt	364
3.	Sozialleistungen	364

E. Drittstaatsangehörige ohne Aufenthaltstitel	365
I. Personen mit Duldungen oder Grenzübertrittsbescheinigungen.....	365
1. Personen mit Duldungen	365
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	365
b) Zugang zum Arbeitsmarkt	366
c) Integrationsleistungen	367
d) Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts	368
e) Familienleistungen, Jugendhilfeleistungen	368
f) Ausbildungsbeihilfen	369
g) Wohngeld.....	369
h) Sonstige Leistungen	369
2. Personen mit Grenzübertrittsbescheinigungen	370
a) Aufenthaltsrechtliche Regelungen	370
b) Zugang zum Arbeitsmarkt und andere soziale Rechte	371
II. Asylsuchende mit Anlaufbescheinigung, Ankunftsachweis, BÜMA oder Aufenthaltsgestattung	371
1. Aufenthaltsrechtliche Regelungen.....	371
2. Zugang zum Arbeitsmarkt.....	372
3. Integrationsleistungen	376
4. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	380
5. Sonstige Sozialleistungen	394
III. Unbegleitet einreisende ausländische Kinder und Jugendliche	395
1. Verfahren nach der Einreise	395
a) Vorläufige Inobhutnahme	395
b) Inobhutnahme und Bestellung eines Vormundes	396
c) Clearingverfahren	397
2. Aufenthaltsrechtlicher Status.....	397
a) Status während des Anerkennungsverfahrens.....	397
b) Aufenthaltserlaubnis bei guter Integrationsprognose (§ 25 a AufenthG)	398
c) Sonstiges	399
3. Integrationsleistungen	400
4. Sozialversicherungsleistungen	400
5. Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	400
6. Familienleistungen, Wohnungshilfen, Jugendhilfeleistungen, sonstige Leistungen	401
a) Kindergeld	401
b) Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe	402
IV. Touristen (Aufenthalte bis zu drei Monaten)	402
1. Einreise und Aufenthalt	402
2. Zugang zum Arbeitsmarkt.....	403
3. Sozialleistungen	404
V. Diplomaten und sonstige Personen mit erlaubnisfreiem Aufenthalt	406

F. Verfahren und Rechtsschutz	408
I. Verwaltungsverfahren	408
1. Anträge im Sozialrecht	408
2. Widerspruch	413
3. Bestandskräftige Bescheide	417
II. Klage	419
III. Eilverfahren	422
1. Anordnungsanspruch	423
2. Anordnungsgrund	423
Glossar	429
Literaturverzeichnis	443
Stichwortverzeichnis	449